

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2023)

Heft: 1

Artikel: Schweiz-EU : handeln statt sondieren

Autor: Stünzi, Anna

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1044168>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Schweiz–EU: Handeln statt sondieren

Die Versorgungssicherheit der Schweiz baut auf die Vernetzung mit dem europäischen Stromnetz. Die schnelle Klärung des gesetzlichen Rahmens ist deshalb zentral.



Anna Stünzi

PostDoc Universität St. Gallen, Präsidentin von foraus, dem Schweizer Think Tank zur Aussenpolitik

2007 gab es keine Energiekrise in Europa und die Schweiz hatte noch kein Netto-Null-Ziel für ihre Energieversorgung im Jahr 2050. Damals haben die Schweiz und die EU Verhandlungen zu einem bilateralen Abkommen im Elektrizitätsbereich initiiert. Das europäische Stromsystem wird laufend weiterentwickelt,

die Schweiz sollte rechtlich und politisch eingebunden werden.

15 Jahre später gibt es noch immer kein Stromabkommen mit der EU. Dies, obwohl sich die bereits früh geäusserten Warnungen zu den Herausforderungen und Kosten, die das Aussenvorbleiben der Schweiz mitbringen, immer stärker

akzentuieren. Besonders in den kommenden Jahren fehlen in der Schweiz Produktionskapazitäten, weshalb wir auf entsprechende Importe angewiesen sind. Eine neue Regelung in der EU bedingt ausserdem, dass ab 2025 mindestens 70 Prozent der verfügbaren grenzüberschreitenden Kapazität für den



Die Schweiz muss ihr Verhältnis zur EU dringend klären.

Stromhandel zwischen den EU-Mitgliedstaaten reserviert sind. Einerseits könnte der Schweiz dadurch weniger Strom zu Verfügung stehen. Andererseits könnten Eingriffe notwendig werden, um das Netz bei ungeplanten Stromflüssen stabil zu halten. Mit einem Stromabkommen würde die Schweiz jeweils frühzeitig informiert.

Wichtig ist: Die Verhandlungssituation ist nicht mehr die gleiche wie 2007. Noch immer sind Fragen zu klären. Das Parlament hat die vollständige Öffnung des Strommarkts vorerst in die Ferne gerückt. Das ist das Problem. Die Finalisierung des Abkommens, oder zumindest technische Abkommen zur Überbrückung abzuschliessen, benötigt aber auch die Energie für eine andere Verhandlung.

Denn der Abschluss des Stromabkommens ist seit 2012 an die Klärung der institutionellen Fragen gekoppelt. Die Verhandlungen zum sogenannten Institutionellen Abkommen (InstA) hat der Bundesrat im Mai 2021 abgebrochen. Die diplomatischen Beziehungen kühlen danach erstmalig merklich ab. Im März 2022 starteten dann sogenannte Sondierungsrunden. Um den Spielraum zu vergrössern, hat die Schweiz eingebracht, das Verhandlungspaket unter anderem um den Bereich Strom zu ergänzen.

Nach der siebten Sondierungsrunde deutet sich an: Die EU setzt weiterhin voraus, dass die institutionellen Fragen geklärt werden. Gleichzeitig scheint eine Offenheit dafür zu bestehen, in relevanten Streitfragen der Schweiz entgegenzukommen und einen solchen Gesamtpaketansatz zu verhandeln. Aber eben als Paket. Deswegen der EU die Schuld zu geben für das fehlende Stromabkommen, wäre falsch.

Die Kommunikation in der Schweiz indes lautet, dass man diese Sondierungen vorerst intensivieren will. Parallel dazu laufen innenpolitische Gespräche. Bleibt zu hoffen, dass sie so intensiv werden, dass bald Strom fliesst.

Energiekrise und Strommarktreform

Neben der kriegsbedingten Verknappung des Erdgasangebots hat auch das Wegbrechen grosser AKW-Kapazitäten in Frankreich die aktuelle Energiekrise befeuert. Strommarktdesign-Experte Christian Redl zeigt im europäischen Kontext die nächsten Schritte zu CO₂-freien Stromsystemen auf.



Christian Redl

Agora Energiewende, klima- und energiepolitische Denkfabrik mit Sitz in Berlin und Brüssel

Europa befindet sich in einer gravierenden Energiekrise. Das Wegbrechen russischer Gaslieferungen, gestiegene Weltmarktpreise für fossile Energien, eine Krise der französischen Atomkraft und eine Jahrhundertdürre haben sich zu einem perfect storm für die Energiemärkte verbunden. Der Anstieg der Preise für fossiles Gas führte auch zu einer Erhöhung der Strompreise, da Gaskraftwerke häufig den Strompreis auf den europäischen Grosshandelsmärkten bestimmen. Die Folge war ein Vermögenstransfer von Energieverbrauchern zu Erzeugern fossiler Brennstoffe und von Strom. Entscheidungsträger suchen nach Wegen, um zu vermeiden, dass ähnliche externe Schocks in Zukunft zu steigenden Stromrechnungen für Haushalte und Unternehmen führen. Die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, hat eine Reform der EU-Strommarktregeln angekündigt, um «den dominanten Einfluss von Gas auf den Strompreis zu entkoppeln» und sicherzustellen, dass «die Verbraucher:innen von den Vorteilen der kostengünstigen erneuerbaren Energien profitieren».

Zunächst waren und sind kurzfristige Massnahmen notwendig, um Haushalte und Unternehmen vor steigenden Stromrechnungen zu schützen.

Diese Massnahmen müssen mit zukünftigen, tieferen Weiterentwicklungen des Strommarktdesigns im Einklang stehen können: Perspektivisch braucht es innerhalb der kommenden 15 Jahre ein CO₂-freies Stromsystem in Europa, um bis 2050 vollständig dekarbonisiert zu sein.

Als Zwischenschritt für die aktuelle Reform eignet sich die Einführung von Differenzverträgen (Contracts for Difference, CfD). Diese sollten neben kommerziellen Ansätzen wie Power Purchase Agreements (PPAs) zum Standardansatz für die staatliche Förderung von Investitionen in Erneuerbare werden. CfDs stabilisieren die Einnahmen von Projekten für Erneuerbare, was die Risiken für Investoren verringert, die Finanzierungskosten senkt und eine effiziente Marktintegration von Strom aus Erneuerbaren ermöglicht. Sie schöpfen automatisch Windfall Profits ab und schaffen so staatliche Einnahmen.

Die Kombination aus zweiseitigen CfDs, PPAs und der Abschöpfung von Windfall Profits wird Haushalte und Unternehmen vor steigenden Strompreisen schützen, die durch zukünftige Versorgungsschocks mit fossilen Brennstoffen verursacht werden. Danach kann eine umfassendere Reform des Strommarkts – hin zu 100% CO₂-freier Erzeugung – vorbereitet werden.